

ÖDP-Antworten auf die Wahlprüfsteine des Netzwerkes Gerechter Welthandel

- 1. Sind Sie dafür, den Dienstleistungssektor weiter zu liberalisieren und zu globalisieren und damit die Löhne noch stärker dem globalen Konkurrenzdruck auszusetzen? Sind Sie dafür, die öffentliche Daseinsvorsorge weiter zu kommerzialisieren und zu privatisieren? Werden Sie Handelsabkommen zustimmen, die dies zum Ziel oder zur Folge haben?**

Antwort: Nein, eine Wirtschaft mit den Zielen einer möglichst vollständigen Deregulierung, einer umfassenden Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und eines totalen Freihandels lehnen wir ab. Wir streben stattdessen national, europäisch und weltweit eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft an. Nur ein sofortiger Ausstieg aus den noch nicht abgeschlossenen WTO-Verhandlungsrunden zur Deregulierung und Privatisierung sämtlicher Märkte ermöglicht überhaupt erst den Erhalt eines sozialen Staates. Kein TTIP, CETA, TISA und ähnliche Abkommen!

- 2. Sind Sie dafür, die Agrarmärkte weiter zu globalisieren und mit Handelsabkommen weitere Märkte für europäische Agrarexporte zu öffnen bzw. die europäischen Agrarmärkte für mehr Importe zu öffnen, obwohl bäuerliche Familienbetriebe sowohl in Europa als auch anderswo der globalen Konkurrenz nicht gewachsen sind und daher aufgeben müssen? Werden Sie Handelsabkommen zustimmen, die dies zum Ziel oder zur Folge haben?**

Antwort: Nein, wir werden die Agrarmärkte nicht weiter öffnen wollen und auch keine diesbezüglichen Handelsabkommen abschließen, weil wir regionale Märkte mit regionalen Produkten fördern wollen. Die kommerziellen Lebensmittelexporte in afrikanische Staaten zerstören dort z.B. die lokalen Märkte. Deshalb sollten dort viel eher regionale Wirtschaftskreisläufe und die ökologische Landwirtschaft gefördert werden. Wir brauchen faire Handelsverträge, die den afrikanischen Ländern die Möglichkeit geben, ihre Wirtschaft zu entwickeln. Auch für Europa gilt: Die Subventions-, Freihandels- und Wettbewerbspolitik der EU ließ den Landwirten kaum eine Wahl - und hat sie immer mehr von Subventionen, von der chemischen Industrie sowie von Öl- und Futtermiteleinflüssen abhängig gemacht. Davon profitieren vor allem große, intensiv wirtschaftende Betriebe. Kleinere Familienbetriebe bleiben oft auf der Strecke. Auch diese Politik muss geändert werden.

- 3. Sind Sie dafür, Handelsabkommen mit Bestimmungen zu „regulatorischer Kooperation“ abzuschließen, obwohl damit Demokratie und Arbeitsrechte beschnitten sowie Regulierungen im öffentlichen Interesse für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz und anderes erschwert und von der Zustimmung anderer Staaten abhängig gemacht werden?**

Antwort: Sogenannte „Freihandelsabkommen“, die die staatliche Souveränität und die demokratische Mitbestimmung einschränken, (CETA/TTIP/TISA/JEFTA) dürfen von der Bundesrepublik Deutschland nicht abgeschlossen werden. Dagegen hat sich vor allem auch unser Abgeordneter im Europäischen Parlament, Prof. Dr. Klaus Buchner, eingesetzt. Die ÖDP fordert stattdessen faire Handelsabkommen, die auf der Basis der Welthandelsorganisation (WTO) einvernehmlich ausgehandelt werden und auch den schwächeren Partnern echte Chancen eröffnen. Der „Faire Handel“ muss zum Leitgedanken aller neuen internationalen Handelsverträge werden. Nur Länder, die

ökologische und soziale Mindeststandards verbindlich vertraglich anerkennen und sich verpflichten, diese Standards einzuhalten und kontinuierlich zu verbessern, sollen künftig als bevorzugte Partner im Welthandel anerkannt werden.

- 4. Sind Sie dafür, ein paralleles Rechtssystem für multinationale Unternehmen (sogenannte „Investitionsschutz-Schiedsgerichte“) mit Handels- und Investitionsschutzabkommen weiter auszubauen?**

Antwort: Nein, siehe Antwort unter Punkt 3. Eine solche nicht-staatliche Gerichtsbarkeit lehnen wir ab.

- 5. Sind Sie dafür, Arbeits-, Menschenrechts- und Umweltschutz einen geringeren Stellenwert als einer Ausweitung des Handels zu geben und werden Sie Handelsabkommen unterstützen, in denen dies festgeschrieben wird? Sind Sie dafür, Handelsabkommen mit Staaten abzuschließen, die das Pariser Klimaschutz-Übereinkommen nicht unterzeichnet oder ihren Austritt angekündigt haben, oder die die Umsetzung des Übereinkommens nicht gewährleisten? Sind Sie dafür, dass geplante Maßnahmen, die sicherstellen, dass eingeführte Produkte nicht zur Vernichtung bzw. Degradierung von Wäldern führen, von Handelsabkommen ignoriert werden können?**

Antwort: Zu allen drei Fragen ist die Antwort der ÖDP nein. Die ÖDP fordert faire Handelsabkommen, die alle der o.a. Standards erfüllen. Dazu zählen Arbeitsschutz, Menschenrechte, Umweltschutz, aber auch die Einhaltung von internationalen Abkommen, wie z.B. des Pariser Klimaschutz-Übereinkommens. Auch müssen wir mehr nachhaltige und reparierbare Produkte international fördern.

- 6. Sind Sie dafür, Handelsabkommen abzuschließen, die das Recht der EU und ihrer Mitgliedstaaten einschränken, Regelungen zum Ort der Datenverarbeitung (Localisation), zur Offenlegung von Quellcodes (Open Source) oder zur Besteuerung von datenbasierten Wirtschaftsaktivitäten (Taxation) zu beschließen?**

Antwort: Nein, die ÖDP fordert in ihrem Europawahlprogramm, dass es keine Aufweichung des Datenschutzes durch Freihandelsabkommen geben darf. Außerdem setzt sich die ÖDP seit Jahrzehnten für die Einführung der Finanztransaktionssteuer ein.